

## **Sieben Gründe gegen CETA**

Das Handels- und Investitionsschutzabkommen der EU mit Kanada (CETA) wird seit September 2017 zu großen Teilen vorläufig angewandt. Noch nicht in Kraft getreten sind die Sonderklagerechte für Konzerne – diese kommen erst zur Anwendung, wenn die Parlamente aller EU-Mitgliedstaaten zugestimmt haben.

Ende April 2019 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass diese Sonderklagerechte mit dem EU-Recht vereinbar sind. Ein Paralleljustizsystem für Konzerne mag damit europarechtlich zulässig sein – gerecht ist es trotzdem nicht. Auch aus zahlreichen anderen Gründen ist und bleibt CETA ein schlechtes Abkommen.

Unsere wichtigsten Kritikpunkte:

### **1. CETA erhöht den Druck auf die bäuerliche Landwirtschaft**

Mit Zollsenkungen und zollfreien Quoten öffnet CETA die EU-Agrarmärkte und vervielfacht den Import von deutlich billigerem Fleisch aus Kanada. Anhang 2-A des Abkommens schreibt vor, dass nach einer Übergangsfrist von wenigen Jahren 80.000 Tonnen Schweinefleisch und 50.000 Tonnen Rindfleisch zollfrei aus Kanada importiert werden dürften (das bisherige Kontingent lag bei jeweils 5.000 Tonnen). Umgekehrt dürfen Produzenten aus der EU mehr Käse nach Kanada exportieren, wo die Milchpreise deutlich höher sind. Das steigert den Druck, möglichst billig zu produzieren. Bäuerliche Landwirtschaft wird für den Handel auf globalen Märkten geopfert.

### **2. CETA holt Konzern-Lobbyisten an den Tisch**

Mit der vorläufigen Anwendung von CETA im September 2017 wurden diverse transatlantische Ausschüsse ins Leben gerufen, die die Vereinbarungen aus dem Abkommen umsetzen sollen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die „regulatorische Kooperation“, festgeschrieben unter anderem in Kapitel 21. Sie macht CETA zu einem Paradies für Lobbyist\*innen: Neben EU-Kommission und kanadischer Regierung sind dort häufig auch Wirtschaftsvertreter\*innen einbezogen und können ihre Forderungen einbringen. Die kanadische Fleischindustrie lobbyiert dort beispielsweise gegen das Verbot der EU, Hormone in der Rindfleischproduktion einzusetzen. Pestizidhersteller und ihre Lobbyverbände haben bereits wiederholt gefordert, die EU-Schwellenwerte für Pestizidrückstände in Lebensmitteln zum Thema zu machen. Auch die vergleichsweise strikte Regulierung der Gentechnik in der EU ist dort immer wieder Angriffen ausgesetzt. Zudem bezeichnete der kanadische Verband der Spielzeughersteller die hohen europäischen Sicherheitsstandards bei Kinderspielzeugen als unwissenschaftlich und hofft, diese im Rahmen der regulatorischen Kooperation an die lockereren kanadischen Standards anzupassen. Ob die Arbeitsgruppen langfristig transparent arbeiten werden, ist fraglich. Erfahrungen aus anderen Freihandelsabkommen zeigen, dass gerade regulatorische

Kooperation intransparente Hinterzimmer-Absprachen befördert. Bereits heute verweigert die EU-Kommission die Veröffentlichung der vollständigen Sitzungsprotokolle.

### **3. CETA bedroht den Umwelt- und Gesundheitsschutz**

Durch CETA gerät das Vorsorgeprinzip in Gefahr, das für den Umwelt- und Gesundheitsschutz in der EU maßgebend ist. Es hat zum Ziel, Schäden für Umwelt und Menschen im Voraus zu vermeiden, indem es dafür sorgt, dass Produkte nicht auf den Markt kommen dürfen, wenn ihre Sicherheit nicht eindeutig belegt ist. Das Vorsorgeprinzip wird in Kapitel 24 zwar indirekt erwähnt, seine Durchsetzbarkeit ist aber nicht gegeben. Bestehende Umwelt- und Gesundheitsstandards geraten somit durch CETA in Gefahr. Dies wird noch verschärft durch die Regelungen zur regulatorischen Kooperation, die den Handlungsspielraum für europäische Verwaltungen bei der Normensetzung und Kontrolle langfristig einschränkt.

### **4. CETA gefährdet die öffentliche Daseinsvorsorge**

Das Abkommen erhöht den Druck, Dienstleistungen zu privatisieren und macht es schwieriger, einmal privatisierte Dienstleistungen wieder zu re-kommunalisieren. Durch den sogenannten Negativlisten-Ansatz werden in CETA alle Dienstleistungen, die nicht explizit in Anhang I und II ausgenommen werden, zur Liberalisierung freigegeben. Eine umfassende Ausnahme für Dienstleistungen von öffentlichem Interesse findet sich in CETA nicht.

### **5. CETA etabliert eine Paralleljustiz für Konzerne**

Mit der vollständigen Ratifizierung von CETA würde auch das sogenannte Investitionsgerichtssystem in Kraft treten (Investment Court System, ICS). Nach Artikel 8 des Abkommens könnten dann kanadische bzw. in Kanada ansässige Konzerne EU-Staaten auf Entschädigungszahlungen verklagen, wenn ihre Gewinne beispielsweise durch Umwelt- oder Verbraucher\*innenschutzmaßnahmen gemindert werden könnten. Umgekehrt könnten Konzerne aus der EU auch Kanada verklagen. Im Vergleich zu den Sonderklagerechten in früheren Handelsabkommen (Investor State Dispute Settlement, ISDS) enthält CETA einige Neuerungen, beispielsweise bei der Auswahl der Schiedsrichter sowie der Transparenz der Verfahren. Das Fundament des ISDS-Systems bleibt jedoch gleich: Weiterhin können nur ausländische Investoren gegen Staaten klagen. Weder Regierungen oder Gemeinden noch zivilgesellschaftliche Gruppen oder Privatpersonen können vor einem solchen Investitionsgericht Klage einreichen, wenn ihre Rechte durch Investoren verletzt werden. International tätige Konzerne erhalten also weitreichende Rechte, umgekehrt aber keine Pflichten, die den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt betreffen. Kanadische Unternehmen haben das ISDS-System bisher in 49 bekannt gewordenen Fällen in Anspruch genommen. Zu den für Europa bekanntesten Fällen zählt die noch laufende Klage des Unternehmens Gabriel Resources gegen die Umweltauflagen Rumäniens beim Goldabbau in der Roşia Montană Region.

### **6. CETA untergräbt den Klimaschutz**

Die kanadische Regierung stellt sich gerne als Vorreiterin in Sachen Klimaschutz dar. Im aktuellen Klimaschutz Index, der die Klimaschutzmaßnahmen von 60 Ländern vergleicht, liegt das Land jedoch mit Platz 54 auf den hinteren Rängen. Um den Klimawandel aufzuhalten,

müssen die Treibhausgasemissionen innerhalb der nächsten Jahre drastisch reduziert und die Energiewende vorangebracht werden. Doch statt den Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu unterstützen, fördert CETA deren Ausweitung: Erstens verursacht die beabsichtigte Steigerung von Güterexporten längere Transportwege und erhöht die vom Verkehr ausgehenden Klimaschäden. Zweitens gehört kanadisches Öl zu den Exportgütern, die nach der vorläufigen Anwendung von CETA am schnellsten angestiegen sind. In Kanada werden bedeutende Mengen an Öl aus Teersanden gewonnen; dabei werden deutlich mehr Treibhausgase freigesetzt als bei der konventionellen Öl-Gewinnung und der Klimawandel weiter beschleunigt. Drittens deckt der CETA-Investitionsschutz auch Investitionen in fossile Energieträger ab. Wenn ein EU-Mitgliedsstaat Klimaschutzregulierungen verschärft oder neu einführt und dabei die Gewinninteressen internationaler Investoren einschränkt, muss er mit Schadensersatzklagen rechnen.

## **7. CETA gefährdet die Demokratie**

Die in CETA gegründeten Ausschüsse können weitreichende Entscheidungen treffen – ohne sich mit demokratisch gewählten Parlamenten darüber abzustimmen. Kapitel 26 regelt, dass die Beschlüsse des Gemischten Ausschusses für die Vertragsparteien, also Kanada, EU und EU-Mitgliedsstaaten, bindend sind und dass auch die Sonderausschüsse eigenständige Beschlüsse fassen können. Von einer Rückbindung an die Parlamente ist dort nichts zu lesen. Das Bundesverfassungsgericht prüft derzeit noch, ob dieses Ausschuss-System mit dem deutschen Grundgesetz kompatibel ist.

Aus diesen Gründen setzen wir uns weiterhin gegen CETA ein. Die Parlamente zahlreicher EU-Mitgliedstaaten müssen dem Abkommen noch zustimmen, bevor es vollständig in Kraft treten kann. **In Deutschland müssen sowohl Bundestag als auch Bundesrat grünes Licht geben.**

Im Bundesrat ist eine absolute Mehrheit von 35 Ja-Stimmen nötig, um CETA zu ratifizieren. Wenn alle Parteien, die die Proteste gegen CETA unterstützt haben, an dieser Position festhalten, kann das Abkommen im Bundesrat noch gestoppt werden (nach Sitzverteilung vom Juni 2019). Bündnis90/Die Grünen sind an neun, Die Linke ist an zwei Landesregierungen beteiligt. Beide Parteien haben sich auf Bundesebene gegen das Abkommen ausgesprochen. Auch viele Sozialdemokrat\*innen haben sich gegen CETA engagiert, somit könnte auch die SPD mit ihrer Beteiligung an 11 Landesregierungen einen entscheidenden Beitrag zur Verhinderung von CETA leisten. Auch die Freien Wähler mit ihrer Regierungsbeteiligung in Bayern könnten ihr Wahlversprechen, CETA verhindern zu wollen, einlösen.

**Wir fordern alle politischen Parteien sowie alle Regierungen der Bundesländer dazu auf, CETA noch zu stoppen!**